

Bernhard Gelderblom
Entengang 39
31787 Hameln

Hameln, 4. November 2021

Vortrag im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „800 Jahre jüdisches Leben in Hameln“

Juden und Lutheraner in Hameln – Anmerkungen zur Lokalgeschichte der Toleranz

Inhalt

Teil 1 Ist der Antisemitismus dem Christentum eingeschrieben?.....	1
Zeugnisse aus Mittelalter, Renaissance und Reformation	2
Hameln von der Gründung im 13. Jahrhundert bis zum 30-jährigen Krieg.....	3
Juden in der Festungsstadt Hameln im 17. und 18. Jahrhundert.....	4
Teil 2	4
Das Zusammenleben von Christen und Juden in Hameln in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	5
Taufen.....	5
Senior Schläger und die Juden	6
Die langjährigen Bemühungen um den Bau einer neuen Synagoge	9
Antisemitismus im letzten Drittel des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts	10
1933: Die Machtübertragung auf Hitler, der 1. April 1933 und der 9. November 1938	12
Heinrich Spanuth.....	14
Teil 3 Die Bedrängnisse der Judenchristen und der in Mischehe lebenden Juden und ihrer Kinder.....	15
Familie O.....	17
Sophie Friedheim, geb. Culp, und ihre Tochter Ingrid	18
Die Haltung der hannoverschen Landeskirche zu den Judenchristen	19

Teil 1 Ist der Antisemitismus dem Christentum eingeschrieben?

Der Jude Jesus wächst in einer jüdischen Umwelt heran, lebt in ihr, stirbt in ihr.

Die Evangelien spiegeln das langsame Sichauseinanderleben der Judenchristen von ihren jüdischen Brüdern. Das vierte und letzte Evangelium, das Johannesevangelium, ist am weitesten vom historischen Jesus entfernt; es ist am meisten prorömisch und antijüdisch.

Für den Kirchenvater Augustinus, der im Übergang vom 4. und 5. Jahrhundert lebte und das römische Reich zum Schutz der Kirche brauchte, sind die Römer aus der Leidensgeschichte Christi ganz verschwunden: Die Juden haben Jesus misshandelt, gequält und getötet. Für ihre Schuld am Tode Jesu müssen die Juden leiden, dürfen aber nicht ausgerottet werden. Ihre elende Existenz als Unfreie soll der Beweis für die Wahrheit des Christentums sein.

Augustinus' Autorität wird das ganze Mittelalter prägen. Die Mönchsorden der Zisterzienser und Dominikaner verbreiteten seine Botschaft vor allem in den Unterschichten, während der Staat sich den Juden gegenüber lange rational verhielt und die offizielle Kirche vor Auswüchsen warnte.

Zeugnisse aus Mittelalter, Renaissance und Reformation

In der aus dem 14. Jahrhundert stammenden **Marienkirche in Lemgo** findet sich am Kanzelpfeiler dieses Figurenrelief: Jesus wird von zwei durch ihre spitzen Hüte gekennzeichnete Juden geschlagen. Tatsächlich waren es römische Soldaten, die Jesus peitschten und kreuzigten.

Synagoge und Ekklesia – Darstellung am Straßburger Münster, um 1230

Während die Ekklesia, die Verkörperung der Kirche, erhoben und gekröntes Hauptes mit Kelch und Siegesfahne dargestellt ist, ist ihr die Synagoge in allem entgegengesetzt: das Haupt gebeugt, die Augen mit einer Binde bedeckt, die Lanze gebrochen, die Krone entglitten.

Synagoge – Darstellung in der **Kirche von Pöhlde** von 1284

Die Darstellung in Pöhlde bringt mit dem „gehörnten“ Bock noch ein obszönes Motiv ins Spiel.

Im 12. Jahrhundert kam der **Ritualmordvorwurf** auf. Danach töten Juden christliche Kinder und benutzen ihr Blut für rituelle Zwecke. Weil – wie verbreitet und geglaubt wurde – männliche Juden menstruieren, brauchen sie das Blut. Wehe, wenn irgendwo ein christliches Kind verschwand!

Hostienschändung (1492)

Der Vorwurf der Hostienschändung. Danach setzen sich die Juden in den Besitz einer geweihten Hostie und stechen mit Messern darauf ein. Am Ende geschieht freilich das Wunder: die Hostie blutet – und die Juden bekehren sich!

Judenverbrennungen im Jahrhundert der Pest

Während der großen Pest in der Mitte des 14. Jahrhunderts kam es in ganz Europa zu schweren Verfolgungen der Juden. Allerorten wurden sie der Brunnenvergiftung, die als Pestauslöser galt, bezichtigt und auf den Scheiterhaufen geschickt.

In der Folge der Pest wanderten viele Juden aus, nach Polen, Litauen und ins Osmanische Reich, wo blühende Gemeinden entstanden. Andere blieben, gingen aber aus den Städten auf die Dörfer. Diese Verdrängung der Juden auf das Land und ihre Zerstreuung auf Hunderte von Dörfern war eine entscheidende Wende. Das sog. Landjudentum bestimmte nun für Jahrhunderte den Charakter des deutschen Judentums. Sein Status sank auf den einer kaum geduldeten und nahezu entrechteten Randgruppe herab.

Einige wenige wohlhabende jüdische Händler und Geldverleiher blieben in den Städten und an den Fürstenhöfen; aber auch ihre Existenz war prekär.

Jüdische Bekleidung im späten Mittelalter. Vorgeschrieben war der spitze Hut.

Im Jahre 1215 setzte Papst Innozenz durch, dass die Juden sich durch das Tragen eines gelben Ringes an der Kleidung kenntlich machen mussten.

Goebbels (Abb. **Judenstern**) wird das Gelb dieses Flecks sieben Jahrhunderte später aufgreifen und auch diese hebraisierende Schrift benutzen.

Der Pogrom in der **Frankfurter Judengasse** von 1614.

Die Darstellung zeigt, dass die Gewalt gegen Juden häufig auch wirtschaftliche Gründe hat. Im Vordergrund ist ein mit dem Gelben Fleck gekennzeichneter Jude zu sehen, der sich verteidigt.

Luther

Der junge Luther war judenfreundlich. 1523 kämpfte er in seiner Schrift „Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei“ gegen die Judenhasser. Er bat darum, sie menschlicher, christlicher zu behandeln, hoffte auf ihre Bekehrung. Doch die Juden bekehrten sich nicht.

1543 veröffentlichte Luther „**Von den Juden und ihren Lügen.**“ Sein Zorn ergoss sich hemmungslos gegen das verdammte Volk der Juden, das sich seit eineinhalb Jahrtausenden dem Erlöser verwehrt.

Juden verdienen die härtesten Strafen. Ihre Synagogen sind dem Erdboden gleichzumachen, ihre Wohnstätten zu zerstören, ihre religiösen Schriften ihnen zu nehmen. Wenn alle diese Maßnahmen erfolglos bleiben, haben die christlichen Fürsten die Pflicht, die Juden gleich tollwütigen Hunden aus ihren Ländern zu verjagen.

Als direkte Folge verwiesen Hessen und Sachsen die Juden des Landes.

Luthers Worte haben den deutschen Protestantismus über Jahrhunderte geprägt. Die Kirche hat sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg damit auseinandergesetzt.

Hameln von der Gründung im 13. Jahrhundert bis zum 30-jährigen Krieg

In Hameln stoßen wir auf Juden zugleich mit den Anfängen der Stadt im frühen 13. Jahrhundert. Als Großkaufleute und Bankiers schätzte sie der städtische Rat. Sie führten eine selbstständige Existenz, verfügten über eine Synagoge, lebten nicht in einem Ghetto, mussten z.B. an der Verteidigung der Stadt teilnehmen, also Waffen tragen. Von der Mitgliedschaft im Rat und in der Gilde der Kaufleute und den Zünften der Handwerker waren sie allerdings als Nichtchristen ausgeschlossen.

Nach den Vertreibungen in der Pestzeit sind in Hameln nur noch einzelne wenige Juden nachweisbar. Ihr rechtlicher Status hatte sich gegenüber früher verschlechtert; ein dauerhaftes Wohnrecht und eine Synagoge besaßen sie nicht.

Die Stadt Hameln im Jahre 1622 – noch mit der mittelalterlichen Befestigung

Im 16. und frühen 17. Jahrhundert war Hameln als Hansestadt vom Landesherrn weitgehend unabhängig. Es war Hamelns kulturelle und wirtschaftliche Blütezeit. Humanismus und Renaissance bestimmten die Atmosphäre der Stadt, baulich die Zeit der Weserrenaissance.

Auffallend ist die betont freundliche Haltung der Hamelner Obrigkeit gegenüber den Juden. Noch konnte der Rat Juden auch gegen den Willen des Landesherrn aufnehmen. 1615 setzte er sich gegen den Landesherrn für das Verbleiben „seiner“ Juden ein, um – wie es hieß – diese nicht an den Bettelstab zu bringen und damit sich die Armen Kredite beschaffen könnten.

1535 verbot er rohe Scherze, welche Juden öffentlich verspotteten. „Den jaden up der huit tho werpende“ (=den Juden auf der Haut zu werfen), ihn also auf einem Tuch in die Luft zu schleudern, war als makabres Fastnachtsvergnügen verbreitet – umgekehrt ein Indiz, dass Teile der Stadtbevölkerung ihren Spott mit Juden trieben.

In der Notzeit des Dreißigjährigen Krieges bestürmten Bürger wiederholt den Rat mit Beschwerden, die beiden jüdischen Familien „herauszulassen“ oder ihnen wenigstens eine große Kontribution aufzuerlegen. Durch ihren Handel nahmen sie den Einwohnern das Brot weg und wohnten in Häusern, die doch Offizieren zukämen. Vor allem Joseph Hameln (oder Jobst Goldschmidt), der Schwiegervater der Glückel, reizte die Missgunst der Bürger, da er „eine solche Pracht führte, dass es fast nicht zu sagen ist“.

Glückel und das Haus ihres Schwiegervaters in der Fischfortenstraße

Es ist der von religiösem Hass genährte wirtschaftliche Neid kleiner Handwerker und städtischer Unterschichten, der aus diesen Ereignissen spricht. Der Rat stellte sich vor die beiden jüdischen Familien, die aber dann doch die Stadt verließen.

1648, im letzten Jahr des Dreißigjährigen Krieges, berichtete Bürgermeister Reiche dem Hofe in Hannover, dass der überwiegende Teil der Bürger „außer dem Leben und elenden Hütten fast nichts mehr übrig“ habe. Der Landesherr nutzte die Schwäche der Stadt zu ihrer Unterwerfung.

Juden in der Festungsstadt Hameln im 17. und 18. Jahrhundert

Dieser breite Festungsgürtel, der die Stadt wie ein Halseisen umschloss, hemmte ihre wirtschaftliche Entwicklung auf Dauer.

Der absolut herrschende Fürst übernahm nun die Lenkung der Stadt. Freie Geister und unternehmungsfreudige Händler verließen die Stadt, das Wirtschaftsleben erstarrte. Hameln wurde Provinzstadt. Nunmehr entschied der Landesherr, ob Hameln Juden aufnehmen durfte und legte ihre Anzahl und Aufenthaltsdauer fest.

Nun wurde das Hamelner Judentum zu einer in sich abgeschlossenen, randständigen Gemeinschaft. Die Mehrzahl der jüdischen Familien war arm. Nahezu die Hälfte der Familien befasste sich mit **Trödelhandel**, etwas besser gestellte betrieben zunftfreie Gewerbe wie Putzmacherei und Tabakshandel.

Teil 2

Das Zusammenleben von Christen und Juden in Hameln in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts begann das Judentum sich aus alten Beschränkungen und religiösen Fesseln zu befreien und in die christlich geprägte Umgebung zu integrieren.

Damals waren die christlichen Deutschen durchaus dazu bereit, die Juden in ihre Reihen aufzunehmen – wenn sie sich denn anpassten! Die Leitworte der deutschen Judenpolitik waren Erziehung und Verbesserung.

Und so war der Prozess der Emanzipation der Juden in Deutschland zugleich ein Prozess der Assimilation, der Anpassung an die christliche Mehrheitsgesellschaft und der schleichenden Aufgabe jüdischen Selbstverständnisses.

Das Zusammenleben von Christen und Juden scheint damals unbelastet von Spannungen gewesen zu sein. So forderte der Magistrat 1837 die Bürger dazu auf, „zu milden Zwecken ... Legate und Stiftungen“ vorzunehmen, und nannte als ein mögliches Beispiel die „Unterstützung derjenigen Kinder hiesiger Israeliten, welche von der anscheinend bevorstehenden gesetzlichen Erlaubniß, ein Handwerk zu lernen, Gebrauch machen.“¹

Auch von zahlreichen Spenden von jüdischer Seite hören wir, insbesondere für die „**Wiederherstellung der Münsterkirche**“, aber auch für die Armen der Stadt.

Taufen

Weil die rechtliche Gleichstellung der Juden im konservativen Königreich Hannover auf sich warten ließ, zeichnete sich für die 1840er Jahre ein Anstieg der Taufen ab. Die Taufe ermöglichte ein individuelles Ausweichen vor der weiter bestehenden Diskriminierung.

Im Fall des Juristen Jacob Schwabe hatte der Übertritt berufliche Gründe. Der aus Schwaben stammende Rechtsanwalt bewarb sich 1817 um eine Advokatur für Hameln, erhielt er jedoch als Jude keine Zulassung und agierte notgedrungen als „Rechtskonsulent“. Nachdem sich Schwabe öffentlich hatte taufen lassen, konnte er in Hameln als Advokat tätig sein.²

Taufe oder Karriereverzicht waren bis weit ins 19. Jahrhundert hinein die Alternative, vor die sich jüdische Akademiker, also Ärzte und Rechtsanwälte, gestellt sahen.

Friederike Michaelis befand sich in großer wirtschaftlicher Bedrängnis, als sie 1828 in einem Bittgesuch gegenüber der Behörde betonte, es seien

„schon mehrere unserer Kinder von uns zur protestantischen Religion erzogen, und bekennen sich zu dieser Confession, indeß bin ich selbst bis jetzt noch Israelitin.“³

Von den vier Töchtern von Ephraim und Friederike Michaelis nahmen drei die Taufe, während eine Tochter und die Eltern am jüdischen Glauben festhielten.

¹ Hamelnsche Anzeigen 26.2.1837

² Nach den Staatskalendern für das Königreich Hannover

³ 15.2.1828

Das Hamelner Judentum verlor durch die Taufe einen bedeutenden Teil seiner aktivsten und tüchtigsten Kräfte. Darunter waren auch Männer, die sich in der gescheiterten Revolution von 1848 für die Verbesserung der Lage der städtischen Unterschichten und für eine deutsche Republik engagiert hatten. Sie verließen nach dem Scheitern der Revolution die Stadt.

Dass die Taufe keineswegs alle Hindernisse beseitigte und die Getauften weiterhin mit Vorurteilen konfrontiert waren, muss nicht weiter ausgeführt werden.

Senior Schläger und die Juden

Franz Georg Ferdinand Schläger hatte von 1822 bis 1869 in Hameln das Amt des ersten Stadtpredigers (Pastor primarius) inne. Er schuf sich mit den **Hamelnschen Anzeigen** eine Plattform für seine Wirksamkeit in der städtischen Öffentlichkeit und war die wichtigste meinungsbildende Instanz in Hameln.

Schläger, Beilage zur „60jährigen Amtsjubelfeier“ Schlägers, 1867

Seit seiner Ankunft in Hameln zeigte er eine ganz besondere Anteilnahme an der jüdischen Gemeinde und ihren nicht selten verarmten Mitgliedern. Eine freundschaftliche Beziehung entwickelte er später zu Josua Leszynsky, dem Lehrer der jüdischen Gemeinde, der 1842 nach Hameln kam.

Früh suchte Schläger das Gespräch mit Vertretern der Gemeinde, unterbreitete Vorschläge zu Reformen des Gottesdienstes und bot finanzielle Unterstützung zur Beschaffung neuer Gebetsbücher in deutscher Sprache und „zur Anstellung eines wackern jüdischen Lehrers“ an. Doch seine wohlmeinenden Ratschläge prallten ab, wurden wohl als Bevormundung empfunden.

Die Enttäuschung darüber bewog ihn 1825 dazu, den folgenden Aufruf in den von ihm selbst herausgegebenen, in Hannover erscheinenden „**Gemeinnützigen Blättern**“ zu schreiben.

„Die Israeliten in unserm Vaterlande befinden sich in einer Lage, in welcher ihre Veredelung höchst schwierig, wenn nicht fast unmöglich ist. Sie sind abgerissen von einander und nur etwa durch die Synagoge ... mit einander verbunden.

Wie ist unter diesen Verhältnissen daran zu denken, daß sie in ihrer Aufklärung so weit kommen, wie z.B. in Polen, wo ganze Kreise auf den Sonntag ihren Sabbath verlegt haben, wie in Berlin, Hamburg und andern Städten, wo ihr Gottesdienst nicht mehr in einer, selbst den meisten Juden unverständlichen, sondern in der Deutschen Sprache gehalten wird?

Er schlägt vor, „in Hannover ein Consistorium für alle Israeliten“ zu gründen, um die Lehrerbildung zu fördern.⁴ Von den Juden fordert er ihre weitgehende Anpassung an die christliche Gesellschaft. Den Sabbat sollen sie auf den Sonntag legen, Deutsch reden im Gottesdienst, den Talmud abschaffen – dann können sie gleichberechtigte Bürger werden.

Ein Jude, der Arzt Philipp Wolfers aus Lemförde, wird auf Schlägers Aufruf aufmerksam⁵ und schreibt eine Erwiderung, die Schläger in seinen Gemeinnützigen Blättern abdruckte.⁶

⁴ Gemeinnützige Blätter 1825 (1)

⁵ Vgl. für das Folgende Storz, S. 126-133. Philipp Wolfers war der erste jüdische Arzt im Königreich Hannover, der dem Anpassungsdruck standhielt und bis zu seinem Tod nicht konvertierte.

„Was wir in allen den Schritten, die für oder gegen die Juden bis jetzt geschehen sind, zu tadeln haben, ist ... , daß man die Uncultur des Juden zu sehr in ihm selbst, zu wenig in seinen Umgebungen gesucht hat, und daß man endlich mehr von dem Juden verlangt, als er vorläufig leisten kann.“

Der Jude sei „von jeher verfolgt, unterdrückt, herabgesetzt, vernachlässigt und gehaßt worden“.

Der jetzige Zustand des Judentums sei ... dadurch entstanden, dass „der Jude vom Feldbau und von der Viehzucht in Folge des ... Feudalsystems entfernt worden ist.

Was blieb dem Juden unter solchen Verhältnissen anders übrig, als sich dem ... verhaßten Handel gänzlich zu ergeben?“

Nach Wolfers müssen die Juden zuerst freie Bürger sein, dann können sie sich frei entfalten. Der Staat müsse den ersten Schritt tun, dann werde sich das Übrige mit der Zeit von selbst ergeben. Viele Christen sähen dagegen die Ursachen für die einseitige Berufsorientierung im „Charakter“ der Juden und in „Talmud und Rabbinismus“.

Der Wortwechsel in den Gemeinnützigen Blättern ging weiter, bis Schläger⁷ im April 1830 grundsätzlich wurde:

„Der Keim des sittlichen Verderbens liegt bei dem Judenthume selbst, im Mißverstande und der Mißdeutung des alten Testaments, besonders in dem Unsinne und den Abscheulichkeiten eines Theiles vom Talmud und der starren Anhänglichkeit der Juden an diesen, welcher nichts gleicht, als des Römlings (= des Katholiken) blinde Ehrfurcht vor der Tradition.

Die meisten Lehrer sind rohe, schmutzige Subjekte, welche nichts weiter, als etwas aus dem Talmud kennen. Der Unterricht ist nur dürftig; etwas lesen, einige Gebete lernen Müssen die Juden daher nicht in ... der Moral, Tugend und Religion unwissend bleiben? Müssen sie nicht desto reicher an Aberglauben sein, da ihre Lehrer ihnen diesen selbst beibringen? ...

So wie die Sachen jetzt stehen, wäre es unweise, ihnen gleiche Rechte mit den übrigen Bürgern zu erteilen. ...

Das Leben der Juden „bewegt sich nur um das Äußere und die Jugend erhält die abscheulichsten und ruchlosesten Vorstellungen von Christus.“

Ein eigentlich gutwilliger, den Juden freundlich gesonnener Mann demonstriert, wie tief antijüdische Ressentiments in der Kirche verwurzelt sind.

Jüdische Emanzipation versteht Schläger als langfristiges Erziehungsprojekt, das die „bürgerliche Verbesserung“ der Juden zur Vorbedingung der rechtlichen Gleichstellung erhebt. Die Obrigkeit „gewährt“ die Gleichberechtigung als Belohnung. Die Menschenrechte sind nicht etwas, was allen Individuen von Natur aus unveräußerlich zusteht.

Es verwundert nicht, dass Schläger Juden getauft hat,⁸ 1842 den 16 Jahre alten Carl Julius Albert Michaelis und 1852 den **Kaufmann und Bankier W. Silberschmidt**.

Die für Carl Michaelis gehaltene Predigt beginnt mit den Worten:

⁶ Einige Gedanken über die Juden und über deren Verhältniß zum Staat. Gemeinnützige Blätter 1. Jahrgang 1825, 1. Band, S. 147f

⁷ Bemerkungen über die Frage: Was sollte für die Juden auch in unserm Vaterlande geschehen? Gemeinnützige Blätter 6. Jahrgang 1830, 1. Band, S. 233-238

⁸ Stadtarchiv Hameln

“Du hast die Überzeugung gewonnen, daß Mosis Gesetzgebung, so herrlich sie auch für die Israeliten war und so göttlich sie auch noch jetzt ist, nicht für alle Völker bestimmt sei. Du hast eingesehen, daß das, was Moses nur andeutet, in dem Evangelio bestimmt ausgesprochen sei. Dort ist der strenge Richter – hier der gnädige Vater, dort nur das jüdische Volk – hier die ganze Welt, die Gott mit treuer Liebe umfaßt.“

Das Judentum als beschränkte, strenge Religion, das Christentum als universale Gnadenreligion.

Dr. Dessa

Von dem jüdischen Arzt Dr. Dessa, der in Hemeringen und Hameln praktizierte, stammt das folgende, zur Feier der Goldenen Hochzeit der Eheleute Schläger 1865⁹ verfasste Gedicht, von dem hier ein Ausschnitt wiedergegeben werden soll.

Und sagt' nicht jüngst ein Kind der höhern Stände, nicht vom Volke:
 „Ich will nicht bei dir sitzen, bleib mir fern,
 Denn auf dir ruht ja Gottes Zornes Wolke,
 Denn du gehörst zu dem verworf'nen Volke,
 Das einst gekreuzigt unsern Herrn.“

So lehrt man schon die Kinder fühlen, denken!
 Vergiftet schon durch Haß das kindliche Gemüth!
 Ist das der Weg, die Jugend auf die rechte Bahn zu lenken,
 Und in die junge Brust den Keim des Christenthums zu senken:
 Dann wahrlich ihm der Nimbus seiner Göttlichkeit entflieht!

Wie wenig haben doch das Beispiel, die erhab'nen Lehren
 Des Herrn, der seinen Feinden gern verzieh,
 Den Geist erhellt, das Herz erwärmt, den höh'ren,
 Den edlen, ernstern Sinn geweckt für Dessen Lehren,
 Der seinen Mördern nicht allein vergab, ja betete für sie.

...
 Und das gehäss'ge Vorurtheil der Einzel'n wie der Masse,
 Das so hartnäckig auf Nichtchristen ruht,
 Wieviel wohl unterscheidet's sich von dem der weißen Race
 Gegen Schwarze und die farb'ge Menschenclasse,
 Von dem man doch so sehr entrüstet thut!“

Noch heute bewegt den Leser, wie skeptisch, ja negativ Dessa sein auf seine „Civilisation“ so stolzes Jahrhundert sieht, „von Sitt' und Cultur nur gefirnisst“, die „Sklavenkette des Vorurtheils“ ungebrochen.

In den folgenden Strophen des Gedichts begrüßt Dessa ausgerechnet in Schläger den Vorkämpfer „für Rechtsgleichheit und für der Glaubensfreiheit heil'ges Recht“. Von seinen Ausfällen gegen das verstockte Judentum war ihm offenkundig nichts bekannt. Aber welches

⁹ Abgedruckt in: Die 60jährige Amtsjubelfeier des Dr. theol. et phil. Franz Georg Ferdinand Schläger, am 19. December, (Hameln) 1866. Darin finden sich auch Beiträge vom Lehrer Leyzynski, dem Landrabbiner Dr. Meyer in Hannover, Ferdinand Naumann und von Fanny Wittgenstein, geb. Meyerstein.

Licht lässt der jüdische Arzt damit auf Schlägers Amtskollegen fallen?! Als Jude hat ihn die christliche Rede vom „verworfenen Volke, das einst gekreuzigt unsern Herrn“, tief getroffen.

Die langjährigen Bemühungen um den Bau einer neuen Synagoge

Der Synagogenraum in der Alten Marktstraße entsprach schon lange nicht mehr den Anforderungen der größer und wohlhabender gewordenen Gemeinde.

Nachdem mehrere Versuche, einen Bauplatz für einen Neubau zu finden, gescheitert waren, kam der Gemeindevorsitzende Michaelis¹⁰ 1874 auf die Idee, den Magistrat zu fragen, „ob die hiesige **Garnisonkirche** nebst Inventar, also Orgel, Bänke etc. gegen einen Kaufpreis von 10.000 Thln der Gemeinde überlassen werden könnte“.

Magistrat und Bürgervorsteher beschlossen, das Angebot anzunehmen, jedoch sollten „Orgel, Altar und Glocke nicht mit verkauft werden.“¹¹

Der Kaufvertrag wurde unterzeichnet, allerdings – auf diesem Zusatz hatte die Stadt bestanden – „unter Vorbehalt der Genehmigung des Consistoriums“, also der vorgesetzten Kirchenbehörde in Hannover.

Nachdem schon die Hamelner Pastorenschaft Bedenken vorgebracht hatte, übersandte das Consistorium in Hannover dem Magistrat eine massiv negative Stellungnahme¹² und fragte, ob die Veräußerung noch rückgängig gemacht werden könne.

Die Umwandlung in eine Synagoge „verletzt das christliche Gefühl. ... Bei aller Achtung und Milde gegen israelitische Mitbürger und bei der jetzigen Gleichstellung derselben auf politischem und socialem Gebiete läßt sich gar nicht verkennen und nicht bestreiten, daß auf religiösem Boden der uralte ... Gegensatz zwischen Christenthum und Judenthum besteht und dauernd fortbestehen wird. Es würde für die kirchlich gesinnten Bewohner Hamelns kaum zu ertragen sein, die St. Spiritus-Kirche (= Garnisonkirche) künftig den jüdischen Religions-Gebräuchen übergeben und in solcher Weise entchristlicht zu sehen.“

Der Rat sah sich – auch angesichts von zwei Unterschriftenlisten aus der Bürgerschaft – „an den ... Contract gebunden.“¹³

Darauf wandte sich der Kirchenvorstand im November 1876 direkt an die hannoversche Landdrostei,¹⁴ also die spätere Bezirksregierung.

Die Umwandlung in eine Synagoge, die „lediglich um einer Finanzspeculation willen“ geschehe, werde „von der Mehrzahl der christlichen Bevölkerung als Verletzung eines nicht unberechtigten Gefühles tief empfunden.“

Die Landdrostei möge die Genehmigung verweigern.

¹⁰ Vgl. Acta betr. Verkauf der Kirche St. Spiritus im Archiv der Münsterkirchengemeinde (Kasten 175), StA Hameln Acc. 1, Nr. 5673 und Zeitungen (Dewezet, Hamelnsche Anzeigen, Neue Hamelnsche Anzeigen und Neue Hannoversche Zeitung).

¹¹ Neue Hamelnsche Anzeigen vom 19.9.1875

¹² Vgl. den Bericht in der Hannoversche Zeitung vom 23.12.1875; außerdem HA und NHA jeweils vom 19.12.1875

¹³ NHA 22.12.1875

¹⁴ Acta betr. Verkauf der Kirche St. Spiritus im Archiv der Münsterkirchengemeinde (Kasten 175)

Es war dann die Landdrostei, die den Verkauf stoppte – wegen angeblicher Formfehler und mit der Begründung, der Kaufpreis sei zu niedrig.

Die Bedenken gegen eine Umwandlung der Kirche in eine Synagoge bestanden weniger in der Hamelner Bevölkerung, als bei der Pastorenschaft. Kirchliche Amtsträger sahen darin „eine Erniedrigung“.¹⁵ Für sie bestand „der uralte Gegensatz zwischen Christentum und Judentum“ weiter, und ihnen war gewiss, er würde „dauernd fortbestehen“.

In den folgenden Jahren stand die Garnisonkirche jeder möglichen säkularen Verwendung offen, als Reithalle der Garnison, im Ersten Weltkrieg als Lagerraum, nach einem Umbau als Ausstellungsraum und Bühne, seit 1929 als Sparkasse. Der ursprünglich kirchliche Charakter des Gebäudes ist heute nur noch äußerlich erkennbar.

Der Hannoversche Landrabbiner Meyer hatte übrigens die Hamelner jüdische Gemeinde vor dem Ankauf gewarnt. Die Hamelner Gemeinde hat in einem gewissen Überschwang den Erfolg der bürgerlichen Gleichstellung der Juden überschätzt, sich als gleichberechtigten Partner in der städtischen Öffentlichkeit empfunden und den tief verankerten lutherischen Antijudaismus unterschätzt.

Nach der Verhinderung des Verkaufs bot die Stadt der jüdischen Gemeinde ein Grundstück in der Bürenstraße an. Am 2. Juli 1879 fand **die feierliche Weihe (2x)** statt. Der Bericht über die Feierlichkeiten in den Hamelnschen Anzeigen¹⁶ erwähnt, dass der Architekt die Synagoge im „deutschen Stil“ erbaut habe und hob die große Beteiligung der Hamelner Bevölkerung hervor. „Mit einigem Schmerz“ erwähnte er das Fehlen der evangelischen Geistlichkeit. Diese war nicht erschienen, obwohl sie geladen war.

Antisemitismus im letzten Drittel des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts gab es mehrere antisemitische Schübe: Anlass waren wirtschaftliche Krisen: der Börsenkrach von 1873, die Niederlage im Ersten Weltkrieg samt Dolchstoßlegende, die Inflation 1923 und die Weltwirtschaftskrise von 1930.

Der Berliner Hofprediger **Adolf Stöcker** war einer der wichtigsten lutherischen Kirchenleute und mit seiner national-konservativen Judenfeindschaft der prominenteste Propagandist des Antisemitismus im ausgehenden 19. Jahrhundert. Er wurde von seinen Anhängern gern als „zweiter Luther“ verehrt.

„Im ganzen ist es doch so, dass das moderne Reformjudentum ‚unser Unglück‘ ist Die Juden mögen unter uns wohnen, aber sie dürfen unser Volk nicht um seine Königstreue und um seinen Glauben betrügen.“¹⁷

Paul de Lagarde, Professor für evangelische Theologie und Orientalist an der Universität Göttingen, verglich Juden mit Trichinen und Bazillen.

¹⁵ Aus dem Bericht des Neuen Hamelnschen Anzeigers vom 31.12.1876

¹⁶ 2.7.1879

¹⁷ Biermann-Rau, S. 55f

„Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet.“

Kein bedeutender Theologe stand in dieser Inkubationszeit des neudeutschen Antisemitismus als Warner auf.¹⁸

Das Judentum reagierte auf die Erschütterung der eigenen gesellschaftlichen Stellung trotz der verfassungsrechtlich garantierten Gleichstellung mit der Gründung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, in dem die überwältigende Mehrheit der deutschen Juden repräsentiert war.

Der Centralverein nahm den Kampf gegen den antisemitischen Ungeist auf und war der Überzeugung, dass dieser Kampf zu gewinnen sei. Der Antisemitismus ist während der Kaiserzeit und auch in der Weimarer Republik noch stets abgefangen worden. Das gilt auch für Hameln.

In Hameln bestand auch in der Weimarer Zeit der kirchliche Antisemitismus in den Reihen der evangelischen Pfarrer fort. 1928 richtete der Inhaber des **Textilgeschäftes Keiser, Salomon Keiser (2 Fotos – heute Kolle), an Hamelns** Hauptpastor Schöne das folgende Schreiben:¹⁹

„Durch verschiedene Äusserungen meiner Kundschaft ist es mir zu Ohren gekommen, dass innerhalb der evangl. Geistlichkeit eine bestimmte Propaganda gegen jüdische Geschäfte gemacht wird. Ich kann dieses evtl. durch Zeugen bekunden lassen.

Wenn auch in geistlichen und religionswissenschaftlichen Fragen die Meinungen der jüdischen und christlichen Lehren auseinandergehen, so verfolgen sie doch beide hohe ethische Ziele. In wirtschaftlichen Fragen muss unbedingt Neutralität gewahrt werden.

Im übrigen vereinbart es sich überhaupt nicht mit der Religionslehre Jesum Christum, gegen irgendwelche Menschen Propaganda zu treiben. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ soll doch keine blosse Attrappe bleiben, sondern muss in die Tat umgesetzt werden.

Weiter möchte ich bemerken, dass ich ausschliesslich christliches Personal beschäftige, 15 Mann, darunter sehr hoch bezahltes. Unser erster junger Mann zahlt ca. Mk. 25,- und unsere erste Verkäuferin Mk. 20,- Kirchensteuer. ... Ich lege hiermit allerschärfste Verwahrung gegen die Propaganda ein.

Gleichzeitig möchte ich noch bemerken, dass Sie nach meiner Meinung die Listen der diesjährigen Konfirmanden den christlichen Geschäften zur Verfügung gestellt haben, welche Sie mir im vorigen Jahr verweigert haben.

Ich sehe Ihrer gefl. Erwiderung baldigst entgegen und würde mich freuen, wenn dieser Hinweis dahinführt, unbedingte Neutralität zu wahren.

Sollte mir nur ein einziger Fall wieder zu Gehör kommen, werde ich an die öffentliche Meinung herantreten, was ich diesesmal vermieden habe.

Hochachtungsvoll
S. Keiser“

¹⁸ Friedrich Heer, S. 349f

¹⁹ Archiv der Münsterkirchengemeinde (Kasten 175)

Eine Antwort auf dieses Schreiben, das im Archiv der Münstergemeinde liegt, so sie denn erfolgt ist, hat sich nicht erhalten. An der Stichhaltigkeit der von Salomon Keiser erhobenen Vorwürfe zu zweifeln, besteht wenig Grund.

Das Fernbleiben der evangelischen Geistlichen von der Feier des 50jährigen Synagogenjubiläums im Jahre 1929 entschuldigte Pfarrer Schotte 1929²⁰ mit den dürren Worten:

„Zum 50jährigen Bestehen der Synagoge in Hameln sagen wir Ihnen unsere herzlichen Glück- und Segenswünsche. Leider ist es uns nicht möglich an dem Festakte teilzunehmen, da wir amtlich verhindert sind. Wir bitten deshalb unser Fernbleiben zu entschuldigen.“

1933: Die Machtübertragung auf Hitler, der 1. April 1933 und der 9. November 1938

Die Eröffnung des neuen Reichstags am 21. März inszenierte Goebbels in Potsdam als Vereinigung des national-konservativen Lagers, vertreten durch Reichspräsident Hindenburg, mit der Partei des Reichskanzlers Hitler. Für das Bürgertum war die Feier der Beweis dafür, dass ein Reichkanzler Hitler unter einem Reichspräsidenten Hindenburg nichts Schlimmes anrichten könne.

Die **Hamelner Garnison trat an diesem Tage auf dem Kasernenhof zum Feldgottesdienst** an. Der Standortpfarrer Hans Kittel predigte (DWZ 22.3.1933):

„Heute wird für viele geerntet, um was die Söhne und Väter unseres Volkes gerungen und geblutet, wofür sie ihr Leben hingegeben haben.

Was ihnen im Leben und Sterben vor Augen stand als heiliges Kampftum und herrlicher Siegpriest, ist nichts anderes gewesen als ein neues Deutschland, ein neues Reich voll Einigkeit, Recht und Freiheit. ...

Wir stehen in dieser Stunde unter den Augen bewährter Volksführer, die mit uns vor Gott treten und ihr Gebet mit dem unseren vereinen. Dient Gott und gebt ihm die Ehre.“

2. Foto: Heldengedenktag 1935

Kittel teilte das Wohlwollen der meisten protestantischen Pfarrer gegenüber der „nationalen Erhebung“ des deutschen Volkes. Der hannoversche Landesbischof Marahrens formulierte diese Sympathie in einer Predigt 1934 noch sehr viel deutlicher:

„Wir wollen Gott danken, daß ein Mann da ist, der unser Volk führt als Schöpfer, Wegbereiter neuen, echten nationalen Lebens.“

Hitler habe das deutsche Volk vor dem „bolschewistischen Unheil“ gerettet. Diese Ehrfurcht Hitler gegenüber sollte der Bischof durch das gesamte Dritte Reich hindurch behalten (S-R 73).

Gut eine Woche später, am **1. April 1933**, fand der von oben angeordnete reichsweite Boykott gegen jüdische Kaufleute, Rechtsanwälte und Ärzte in Hameln statt. In Hameln begann er schon einige Tage früher und endete erst einige Tage später und nahm besonders grausame Formen an. Die Polizei duldete das brutale Vorgehen der SA.

²⁰ Archiv der Münsterkirchengemeinde (Kasten 175)

Noch schlimmer der 9. November 1938 (zerstörte Synagoge) in Hameln. Auch diese Nacht war von oben befohlen, nahm aber in ihrer maßlosen Brutalität und Zerstörungswut ungeahnte Formen an.

Stoffballen und Einrichtung des verwüsteten **Textilgeschäfts Bernstein** lagen unübersehbar auf dem Münsterkirchhof.

In Hehlen stand das Spritzenhaus, in dem die Juden des Ortes eingesperrt wurden, nur wenige Schritte vom Pfarrhaus entfernt, das brutal geplünderte **Kaufhaus von Alex Bach** nur wenige Schritte weiter.

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderats der Müntergemeinde, das ich eingesehen habe, verliert kein Wort über die Ereignisse. Dabei konnte die Kirche durchaus ihre Stimme erheben, wenn es um ihre eigenen Besitzstände ging.

Der damalige Thüringer Landesbischof Martin Sasse (1934-1942), der zur radikalsten Richtung der Deutschen Christen gehörte, begrüßte das Geschehen der Reichspogromnacht und die Tatsache, dass die Reichspogromnacht an Luthers Geburtstag, dem 10. November, stattfand:

„Der Geburtstag Martin Luthers! Wahrlich, kein größerer Dienst hätte ihm geleistet werden können.“

Im November 1938 stellt Sasse unter dem Titel: „Martin Luther über die Juden: Weg mit ihnen!“ eine Textauswahl zum Judenhass aus Luthers Schriften zusammen, die binnen weniger Wochen eine Auflage von 100.000 erreichte.

Im Vorwort hebt er Luther als den größten Antisemiten seiner Zeit hervor und bringt die Reichspogromnacht ausdrücklich in Verbindung mit ihm:

„Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen. Vom deutschen Volke wird zur Sühne für die Ermordung des Gesandtschaftsrates von Rath durch Judenhand die Macht der Juden auf wirtschaftlichem Gebiete im neuen Deutschland endgültig gebrochen und damit der gottgesegnete Kampf des Führers zur völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt.“²¹

Sasse, der Bischof am Fuße der Wartburg, kann nicht einfach kein Extremfall abgetan werden. Der württembergische Landesbischof Theophil Wurm, der dem gemäßigten Flügel der Bekennenden Kirche angehörte (Landesbischof 1929-1949, nach 1945 Ratsvorsitzender der EKD), schreibt einen Monat nach der Reichspogromnacht einen Brief an den Reichsjustizminister Gürtner:

„Die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November haben weite Volkskreise bis weit in die Partei hinein seelisch erschüttert und in ihren sittlichen Empfindungen verletzt.“

Wurm sagt klar, dass unter den Augen der Behörden Brandstiftung und körperliche Misshandlungen geschehen und hierzu Mitglieder politischer Organisationen befohlen worden seien. Er appelliert schließlich:

„Tun Sie alles, was der Wiederherstellung der Autorität des Gesetzes und des Rechtsempfindens dient.“

Der kritische Appell wird jedoch dadurch relativiert, dass Wurm eingangs schreibt:

„Ich bestreite mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen. Ich habe von Jugend an das Urteil von Männern wie Heinrich von Treitschke und Adolf Stoecker über die zersetzende Wirkung des Judentums auf religiösem, sittlichem, literarischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet für zutreffend gehalten.“

²¹ Biermann-Rau, S. 144f

Heinrich Spanuth

Zurück nach Hameln: **Heinrich Spanuth** (1873-1958) wird bis heute als Mitautor der „Geschichte der Stadt Hameln“ geschätzt. Neben seiner Tätigkeit als Leiter des „Oberlyzeums“ und des „höheren Lehrerinnen-Seminars“ hatte er sich als Religionspädagoge einen Namen gemacht. Politisch war er Ortsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei gewesen, eine der wenigen Parteien, welche die Weimarer Verfassung gestützt hatten.

1936 veröffentlichte Spanuth „Das Leben Jesu ... für den Religionsunterricht deutsch und evangelisch geschaut“ in der völlig neu bearbeiteten 9. Auflage. Im Vorwort schreibt er:

„Ich könnte diesen Versuch nicht wagen ohne die tief innerliche Überzeugung von der Vereinbarkeit, nein, der inneren Verwandtschaft und gegenseitigen Bedingtheit deutsch-völkischer und evangelisch-christlicher Grundgesinnung.

Daß das Christentum die Tatsachen des Blutes, der Rasse, der Volkheit und den Gehorsam gegen den nationalen Staat und seinen Führer als etwas Gottgesetztes anerkennt, ist für mich jedenfalls auf deutsch-evangelischem Boden selbstverständlich.

Umgekehrt hat der völkische Staat sich positiv auf das Christentum nicht bloß in seinem Programm festgelegt, sondern sich auch in Erklärungen und Bekenntnissen des Führers zu ihm gestellt. So sind die Voraussetzungen für ein Zusammengehen auf beiden Seiten gegeben.“ (S. V)

Über das Verhältnis von Jesus zu seinem Volk, den Juden:

„... Das eigene Volk als solches aber, dem er in heißer Hingabe dient und das seine Sendung am Ende als Ganzes ablehnt, läßt er fallen. Diese Verwerfung Israels-Judas steht für alle Zeiten als das sichtbare Gotteszeichen seiner Sendung in der Geschichte da.“ (S. VIII)

War Jesus überhaupt Jude?

Jesus war Galiläer, „Sohn der Nordmark seines Landes, die seit der Zerstörung des Nordreichs Israel eine Mischbevölkerung trug und sich zugleich an religiöser und freiheitlicher Gesinnung von dem südlich-jüdischen Teile des Gesamtvolkes stark abhob.“ (S. 13)

Zu dieser Mischbevölkerung aus Einwanderern aus Assyrien und Babylonien, der alten Bevölkerung gehörten „Kolonisten, unter denen bestimmt auch arische Siedler waren“. Galiläa wurde erst später „z.T. mit Zwang zur jüdischen Religion bekehrt“. Die Galiläer waren stets „Gegner der pharisäischen Gesetzlichkeit“. (S. 15)

Das Todesgericht über das jüdische Volk:

„Der Schluß seines (= Jesu) leidenschaftlichen Ringens um dieses Volk ist – seine Ablehnung und Verwerfung durch dasselbe. Diese Tatsache hat eine andere Seite: dieses Volk, das den ihm von Gott und der Geschichte geschenkten Führer ablehnt, geht an dieser Verwerfung seines ‚Messias‘ selbst zugrunde.

Eine solche historische Stunde kommt für ein Volk nur einmal. Erkennt es sie nicht, so hat es seine Rolle in der Geschichte ausgespielt. Religiös gesprochen: eine unerhörte Gottesgnade, einem kleinen Völkchen im Gang seiner Geschichte angeboten, aber von ihm ausgeschlagen, wird für dieses Volk selbst zum Todesgericht.“ (S. 172)

Spanuth vertrat damit bruchlos die Position der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“, der er auch selbst angehörte. Die „Deutschen Christen“ forderten die „Rassenreinheit“ als Bedingung für eine Kirchenmitgliedschaft und die Loslösung der evangelischen Kirche von

ihren jüdischen Wurzeln. Auf dem Boden der völkisch-rassistischen NS-Ideologie stehend wurde für ihn der Schutz des Volkes vor den „Untüchtigen und Minderwertigen“ wichtiger als die christliche Nächstenliebe.

Was sind die Gründe für diese extreme Haltung des in der Weimarer Zeit so hoch geachteten Mannes? Am 10. Mai 1933 hatten die Nationalsozialisten Spanuth von all seinen Ämtern entfernt und ihm jede öffentliche Tätigkeit verboten. In Hameln muss dies wie eine Bombe eingeschlagen sein. Das NS-„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlaubte, „politisch unzuverlässige“ Beamte ohne nähere Begründung zu entfernen. Die konkreten Gründe für Spanuths Entlassung wurden nie bekannt.

Der damals 60-Jährige erlitt einen Nervenzusammenbruch. Um sich ein Tätigkeitsfeld zu erhalten, stellte sich Spanuth in der Folge rückhaltlos in den Dienst des Regimes und wurde auch Parteimitglied. So legte er 1936 eine detaillierte Planung für ein „Erntebrauchmuseum“ vor. Dort wollte Spanuth die „Christianisierung germanischen Brauchtums“ rückgängig machen. Im selben Jahr 1936 veröffentlichte er „Das Leben Jesu ... deutsch und evangelisch geschaut“.

Welch verheerende Wirkung musste diese Unterwerfung eines bis 1933 allgemein geachteten Demokraten unter das NS-Regime auf die wenigen gehabt haben, die dem Regime noch widerstanden?

Teil 3 Die Bedrängnisse der Judenchristen und der in Mischehe lebenden Juden und ihrer Kinder

Dieses Kapitel handelt von Menschen, die Christen und Kirchenmitglieder waren, aber doch wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt wurden.

Sie waren entweder aus eigenem Antrieb vom Judentum zum Christentum übergetreten oder als Kinder getauft worden. Mitunter waren sie bereits in zweiter Generation Christen.

Die Christen jüdischer Herkunft selbst haben sich zu keiner Zeit als gesonderte Gruppe mit eigenem Selbstverständnis begriffen, sondern sich schlicht als Deutsche christlicher Konfession angesehen.

Es geht um einen Personenkreis, der sich häufig überhaupt nicht mehr als jüdisch verstand und in der Regel in bewusster Distanz zur jüdischen Gemeinde lebte, also von dort her keine Unterstützung erfuhr.

Diese Gruppe steht im toten Winkel der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Geschichtsschreibung hat sich bisher nicht sonderlich für sie interessiert. Ein Grund ist das Misstrauen, das dem Religionsübertritt vom Judentum zum Christentum anhaftete und sich mit dem Vorwurf des Opportunismus verband. Die Nazis denunzierten ihn als Akt der Tarnung.

Woher wusste man eigentlich um die nichtarische Herkunft dieser Menschen? Möglich war dies nur durch den sog. Ariernachweis – eine Amtshilfe der Kirche für den NS-Staat (Biermann-Rau, S. 90). Die Kirchenbücher waren die einzige Möglichkeit, die eigene arische Herkunft zu belegen. Das war der Fall, wenn alle Großeltern getauft waren.

Dass diese Nachweise bzw. ihr Fehlen für Juden zur existentiellen Bedrohung wurden, wurde von vielen seinerzeit ausgeblendet. Die Kirche leistete die Amtshilfe offenbar gern, weil sie glaubte, damit nationale Haltung und Zuverlässigkeit gegenüber der neuen Obrigkeit zu beweisen zu können.

Hinzu kommen als weitere Gruppe in Mischehe lebende Juden. Die Nürnberger Gesetze verboten Ehen zwischen „Ariern“ und Juden, lösten aber bestehende Mischehen nicht auf. In Mischehe lebende Juden waren ständiger Bedrohung ausgesetzt. Solange die Ehe hielt, wurden sie nicht deportiert. Starb der arische Partner oder wurde die Ehe geschieden, so waren sie vogelfrei und wurden sofort deportiert. Die Ehe unterlag also einem ungeheuren Druck. Auf Männer, die mit einer jüdischen Frau verheiratet waren („jüdisch Versippte“), übte die Gestapo einen ständigen Druck aus, sich scheiden zu lassen. Sie wurden vorgeladen, bedroht und im Beruf benachteiligt.

Menschen, von denen nur ein Elternteil oder sogar nur ein Großelternteil jüdischer Herkunft war („Halbjuden“, „Vierteljuden“), hießen „Mischlinge 1. oder 2. Grades“.

Die einzelnen Familienmitglieder in einer Mischehe unterlagen einem unterschiedlichen Verfolgungsdruck. Während der „deutschblütige“ Ehepartner für sich betrachtet Mitglied der Volksgemeinschaft blieb, zählte sein Ehepartner zu den geächteten Juden. Die Kinder wiederum lebten in einem labilen Zwischenstatus. Einerseits waren sie vor etlichen antisemitischen Maßnahmen bewahrt, andererseits waren sie mit der gesamten Familie zu einer Randexistenz gezwungen. Das führte auch zu familiären Zerreißproben.

Man unterschied zwischen privilegierten und nichtprivilegierten Mischehen.²² Ein Ehepaar galt als „privilegiert“, sofern es sich nicht zur jüdischen Religion bekannte und seine Kinder nicht jüdisch erzog.

Die Bestimmungen waren kompliziert, und die örtlichen Behörden mit den Einzelheiten nicht vertraut. Vor allem wußten die Betroffenen nicht über ihren Status und ihre Rechte. Sie mußten bei jeder neuen Anordnung einen zermürbenden Briefwechsel mit den Behörden führen und lebten in ständiger Unsicherheit über das, was der nächste Tag bringen würde. Daß für „privilegierte Mischehen“ das Tragen des Judensterns, die Beschränkung der Einkaufszeit, das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden nicht galt, das mußten sie jeweils mühevoll erkämpfen.

In Hameln handelt es sich um mindestens fünf Familien mit einer größeren Zahl von Kindern, die sämtlich christlich erzogen wurden.²³ Sie waren von den beiden Deportationen der Hamelner Juden 1942 verschont worden. Diese Familien bewegen sich im Niemandsland zwischen den verfeimten deutschen Juden und der verherrlichten Volksgemeinschaft.

Ich stelle exemplarisch zuerst das Schicksal einer Mischehe vor:²⁴ einer Ehefrau, die nicht Jüdin sein will, von vier Töchtern, die zunächst nicht einmal wissen, dass ihre Mutter als Jüdin zu gelten hat, eines Ehegatten, der „sein ganzes Sein zertrümmert“ sieht.

²²Die Rechtslage im Umgang mit Mischehen und „Mischlingen“ ist außerordentlich kompliziert. Vgl. dazu Adler, Der verwaltete Mensch, S. 279-322, und Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 2, S. 436-449.

²³Es gibt klare Hinweise darauf, daß die Zahl der Mischehen höher lag. Bei Angehörigen von Mischehen und bei „Mischlingen“ kam es vor, dass sie vor der Deportation geschützt waren, weil sie Protektion genossen.

²⁴Die im Folgenden herangezogenen Akten finden sich sämtlich in StA HM 1, 2739.

Familie O.

Im März 1940 stellt die Stenotypistin Sophie O.²⁵, damals 19 Jahre alt, beim Oberbürgermeister einen Antrag auf „Arisierung“. Sophie ist – wie ihre drei jüngeren Schwestern auch – evangelisch getauft. Dass ihre Mutter Jüdin ist, hatte sie erst erfahren, als sie beim Versuch, in den BdM (Bund deutscher Mädel)²⁶ einzutreten, den Ariernachweis ihrer Mutter nicht vorlegen kann. Der Eintritt in den BdM war ihr verwehrt worden. Die Tochter empfindet den Ausschluss als Diskriminierung und besteht darauf, aufgenommen zu werden.

Den städtischen Behörden und der Gestapo war entgangen, daß es sich bei der Mutter Ida um eine Jüdin handelte und bei den Töchtern folglich um „Mischlinge 1. Grades“.²⁷ Der Antrag der Tochter erregt nun die Aufmerksamkeit der Behörden. Der Regierungspräsident fordert die Heiratsurkunde der Mutter an und stellt fest:

„Nach der Heiratsurkunde gehört die Ida O. der mosaischen Religion an. Sie ist also Jüdin.“²⁸

Der Antrag der Tochter auf Arisierung erweist sich als verhängnisvoll: nun erst wird die Frau, werden ihre Töchter den Sondergesetzen unterworfen, die gegen Juden bestehen. Im September 1941 geht die Verfügung über das Tragen des Judensterns an die Mutter Ida und ihre vier Töchter. Die Mutter muss nun auch den Vornamen Sara führen.

In mehreren Schreiben an den Oberbürgermeister und an das Reichsinnenministerium kämpft der Ehemann darum, dass Frau und Kinder von den diskriminierenden Auflagen verschont bleiben. Den folgenden Brief schickt er 1941 nach Berlin:

„Meine Ehefrau hat (erg.: wegen des Todes ihrer Eltern) seit ihrem 15. Lebensjahre nur unter Deutschen gelebt und hat Verbindungen mit ihrem Geburtsort nicht mehr gehabt. ...

Meine Frau hat überhaupt keine Vorstellung von Juden, da sie nur deutsche Kultur, Sprache und Gesinnung durch die jahrelange Erziehung kennen gelernt hat. ...

Meine Kinder ..., die streng nach deutschen Grundsätzen erzogen wurden ..., mußten nun eines Tages erfahren, daß sie aus der Deutschen Volksgemeinschaft ausgestoßen wurden, nur weil die Mutter dieser Kinder vor 42 Jahren von jüdischen Eltern geboren wurde. Was dies für meine Kinder bedeutete, kann ich Ihnen mit Worten nicht schildern. ...

Auf Grund meiner Ausführungen können Sie nun ermessen, wie es mir und meiner Familie zu Mute ist, die nur in dem Bewußtsein gelebt und gearbeitet haben, Deutsche zu sein und für Deutschland arbeiten zu können. Wie schmerzlich es ist, ... von ihren Arbeitskameraden als Juden verachtet zu werden.

²⁵ Wiedergutmachungsakte Offer, HStA Hannover Nds. 110 W Acc. 14/99, Nr. 108554

²⁶ Der „Bund deutscher Mädel“ war die Organisation der vierzehn- bis achtzehnjährigen Mädchen.

²⁷ Bei der Volkszählung von 1939 wird sie allerdings als Volljüdin geführt, ihre vier Töchter als „Mischlinge 1. Grades“. Von einem vergleichbaren Fall in Hannover berichtet Buchholz, a.a.O., S. 219-221.

²⁸ StA Hameln 1, 2739, Schreiben vom 9.8.1940.

Daß es für mich eine Zertrümmerung meines ganzen Seins bedeutet, brauche ich wohl nicht mehr zu betonen. Ich ... kann Ihnen versichern, daß meine ganze Familie, Frau und Kinder ... mit diesem jüdischen Gesindel nicht das Geringste gemein haben. ...

Betrachten Sie meine Frau und Kinder nicht als Juden, sondern gewähren Sie ihnen, daß sie sich als Deutsche bewähren können, indem Sie veranlassen, daß meine Frau und Kinder nicht als Juden gekennzeichnet werden.

Heil Hitler“

Am 16. November 1941 erhält die Tochter folgenden Entscheid der Reichsminister des Innern:

„... Gesuchstellerin (erg.: ist) jüdischer Mischling mit zwei der Rasse nach volljüdischen Großelternanteilen (Mischling I. Grades). Die Mutter Ida O. ist Volljüdin.“

Die Folge war, dass die Töchter ihre Arbeitsstellen und ihre Heiratsmöglichkeiten verloren. Welch seelischen Qualen war diese Familie ausgesetzt!

Drei Monate vor Kriegsende, am 8. Februar 1945, stand die Mutter auf der Liste „der jüdischen Teile aus Mischehen“, die ins Ghetto Theresienstadt deportiert werden sollten. Damals verhinderten Angehörige, dass sie drei Monate vor Kriegsende noch verschleppt wurde.

Sophie Friedheim, geb. Culp, und ihre Tochter Ingrid

Sophie und Ingrid Friedheim mit Oma Rosa Culp: Weihnachten (wohl 1940) mit Baum und Gabentisch – die Mutter, die ihrem Kind ein schönes Fest bereiten möchte – die verzweifelte Oma – die großen Augen des Kindes, das eine Puppe in der Hand hält

Das zweite Beispiel betrifft eine Jüdin, die in zweiter Generation Christin ist. Sophie Culp war wie schon ihr Vater evangelisch getauft. Die Mutter Rosa hatte am Judentum festgehalten.

Die Nürnberger Rassegesetze machten sie für die Nationalsozialisten zur Jüdin. Sophie Culp verlor als Jüdin ihre Arbeitsstelle in Hameln. Die völlig verarmte Frau lebte zusammen mit ihrer Mutter in der Neuen Marktstraße 14.

Am 14. November 1936 brachte sie eine Tochter zur Welt, der sie den Namen Ingrid gab. Der Vater des Kindes war „Arier“, der sich mit Berufung auf die Nürnberger Rassengesetze weigerte, Sophie zu heiraten.

Ende 1939 heiratete Sophie Culp den jüdischen Viehhändler Hermann Friedheim aus Bad Münder. Hermann Friedheim hatte sein Geschäft verloren und entsetzliche Monate im KZ Buchenwald verbracht.

Nach der Heirat zog Sophie Friedheim mit ihrer Tochter zum Ehemann nach Bad Münder. Zwei Jahre später mussten Friedheims in das „Judenhaus“ in Hannover-Ahlem ziehen. Im März 1943 wurde die 33-jährige Sophie Friedheim zusammen mit ihrem Ehemann und ihrer sechs Jahre alten Tochter in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Während Hermann

Friedheim noch einige Monate in Auschwitz überlebte, wurden Mütter mit minderjährigen Kindern sofort ermordet.

Die **Stolpersteinlegung** für Ingrid Friedheim und **Straßenschild**

Die Haltung der hannoverschen Landeskirche zu den Judenchristen

Wie reagierte die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover unter Führung von Landesbischof Marahrens darauf, dass die NS-Judenverfolgung einen Teil ihrer Mitglieder gesellschaftlich und staatsbürgerlich entrechtete?

Anders als völkisch-antisemitischen Deutschen Christen, die einen kirchlichen Arierparagraphen einführten und die Ausgrenzung der Kirchenmitglieder jüdischer Herkunft betrieben, hob die hannoversche Landeskirche die formale Kirchenmitgliedschaft der Christen jüdischer Herkunft nicht auf. Sie bot ihren verfolgten Mitgliedern allerdings auch wenig Unterstützung und erhob ihre Stimme nicht öffentlich gegen die antisemitischen Maßnahmen.

Die hannoversche Landeskirche gehörte gemeinsam mit den Landeskirchen Bayern und Württemberg zur kirchenpolitischen Mitte. Trotz großer Aufgeschlossenheit gegenüber der NS-Bewegung hielten die drei Landeskirchen an der Eigenständigkeit kirchlichen Lebens fest und setzten sich gegenüber dem Versuch einer völligen Gleichschaltung ihrer Kirchen erfolgreich zur Wehr.

Am 22. Dezember 1941 versandte die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei ein Schreiben an alle Landeskirchen, in dem diese aufgefordert wurden, die „besternten“ Christen aus dem gemeindlichen Leben auszuschließen.

„Die getauften Nichtarier werden selbst Mittel und Wege suchen müssen, sich Einrichtungen zu verschaffen, die ihrer gesonderten gottesdienstlichen und seelsorgerischen Betreuung dienen können.“

Anders als die Bischöfe der Landeskirchen Bayern und Württemberg setzte Marahrens seine Unterschrift unter das fragwürdige Rundschreiben. Er opferte die Christen jüdischer Herkunft.

Hinweise darauf, dass den bedrängten Christen jüdischer Herkunft von kirchlicher Seite in Hameln geholfen wurde, haben sich in der kirchlichen Akten nicht gefunden. Wenn es hier Hilfe gegeben haben sollte, so geschah das auf eigene Rechnung. Die Landeskirche hätte keinen Beistand geleistet, wäre es zu Konflikten mit dem Staat gekommen.

Der Hamelner Senior Hans Kittel²⁹ und Superintendent Albert Pellens³⁰ gehörten der NSDAP selbst nicht an, waren aber bis 1945 in der NS-Volkswohlfahrt und – in den Anfängen des Regimes – bei den Deutschen Christen engagiert gewesen.

Während sich die Bekennende Kirche mit dem Büro Grüber eine Organisation schuf, die mehr als eintausend rassistisch verfolgten evangelischen Christen die Auswanderung ermöglichte, veröffentlichten die nationalkirchlichen evangelischen Kirchenführer

²⁹ Kittel, Johannes (Hans), HStA Hannover Nds. 171 Hannover Nr. 44600

³⁰ Pellens, Albert, HStA Hannover Nds. 171 Hannover Nr. 44601

Deutschlands im Dezember 1941, wenige Monate nach dem Überfall auf die Sowjetunion, folgende Erklärung. Darin heißt es:

„Die nationalsozialistische deutsche Führung hat mit zahlreichen Dokumenten unwiderleglich bewiesen, daß dieser Krieg in seinen weltweiten Ausmaßen von den Juden angezettelt ist. ... Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen Evangelischen Landeskirchen und Kirchenleiter in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der unter anderem die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat.

Schon Dr. Martin Luther erhob nach bitteren Erfahrungen die Forderung, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Landen auszuweisen. Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tage haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele mißbraucht oder verfälscht.

Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart des Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu pflegen und zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht.

Die unterzeichneten deutschen Evangelischen Kirchen und Kirchenleiter haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben. Sie sind entschlossen, keinerlei Einflüsse jüdischen Geistes auf das deutsche religiöse und kirchliche Leben zu dulden.“³¹

Auf die Idee, die nichtchristlichen Juden zu verteidigen, ist weder die katholische noch die evangelische Kirche gekommen. Beide Kirchen haben sich am Verbrechen des Holocaust mitschuldig gemacht.

³¹ Zitiert nach Friedrich Heer, S. 484 (J. Beckmann, Evangelische Kirche im Dritten Reich, 1948, S. 481 und K. Deschner, Und abermals kräfte der Hahn, 1962, S. 460ff)